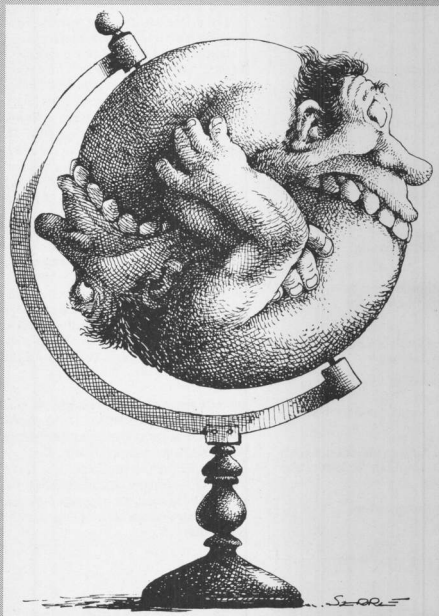


fridolin 55

der bitverwurstler • Juni '91



*die zeitschrift für hungrige
informatikerInnen*

Inhalt

- 3 **Schachtel als Provisorium**
Stahlbauten statt Grünflächen
- 4 **Greenpeace**
Aktionen der Umweltschützer
- 8 **Sicherheitspolizeigesetz**
Die Polizei, dein Freund und Helfer?
- 10 **Wir sind gewählt !**
Die neue STRV Informatik
- 12 **Ihr wolltet es so!**
Die Ergebnisse der ÖH-Wahl
- 13 **Ergebnis der**
Urabstimmung
- 14 **Volkszählung &**
Volksbefragung
- 15 **Zur Urabstimmung**
Ein Kommentar
- 16 **News**
über ProzAut und die Stukos,...
- 18 **Gedanken zu einem neuen**
Studienplan für Informatik
Teil II
- 19 **Prüfungsordner**

Traurig.

Doch doch, am Anfang war der Lebensraum, dann kamen Lebewesen, später intelligentere Lebewesen, irgendwann die maßlos intelligenten Lebewesen, die nach einer kurzen Evolution so geworden sind, wie wir sie heute kennen. Seitdem stagnieren sie und weigern sich strikt, sich weiter zu entwickeln. Die Rede ist von Dir, Du Mensch! Nachdem Du Dir die Erde, auf und von der Du lebst, zum Untertan gemacht hast, sie bis aufs Blut ausgesaugt und weitgehend zerstört hast, merkst Du langsam, daß sie sich wehrt, indirekt, denn würde sie sich wirklich wehren, wärest Du längst schon tot, Mensch!

Nein, nicht die Erde wehrt sich, nein, sie versucht die Schäden, die Du angerichtet hast, zu beheben; doch schafft sie es nicht mehr. Zu schnell, mit einer grenzenlosen Arroganz und Kurzsichtigkeit, fügst Du ihr immer neue, immer tiefere Wunden zu, verfolgst Du Dein Ziel, Dein einziges Ziel, Dich zu profilieren. Den Tieren sagst Du nach, sie würden die Hand, die sie füttert nicht beißen, so gut kennst Du die Tiere, doch lernst Du daraus nichts, denn Du zerstörst mit wachsender Begeisterung Deine Dich nährenden Umwelt. Doch kann die Natur Deine Fehler nicht mehr beheben – zu schwach ist sie schon.

Bis jetzt ging es Dir gut, Mensch, bis jetzt, doch das Blatt hat sich gewendet. Du stehst vor einem Problem, das Du selbst heraufbeschworen hast. Deine Scheuklappenpolitik wird Dich zerstören, wenn nicht Dich, dann Deine Brut; freue Dich Mensch, in wenigen Jahrzehnten hast Du es geschafft. Du wirst die böse Natur besiegt haben, Du wirst sie endlich zerstört haben, und auch Dich selbst.

luc

IMPRESSUM

Medieninhaber und Verleger: Verein der InformatikstudentInnen, c/o Fachschaft Informatik, Treitlstraße 3, 1040 Wien
Herausgeber: Hochschülerschaft an der TU Wien Wiedner Hauptstraße 8-10, 1040 Wien
Redaktion: Fachschaft Informatik – TU Wien Treitlstraße 3, 1040 Wien, Tel.: 58801/8119
Fotos: Katharina Summer, Hannes Schulz
Layout: Stephan Bublava, Schwartz luc, Gabi Zlatarics
Hersteller: HTU – Wirtschaftsbetriebe GesmbH, Wiedner Hauptstraße 8-10, 1040 Wien
Herstellungsort: Wien, Verlagspostamt: 1040 Wien

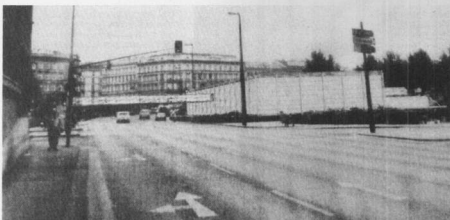
Schachtel als Provisorium - Stahlbauten statt Grünflächen

Eine der wenigen unverbauten Grünflächen am Karlsplatz soll demnächst einer provisorischen „Kunsthalle“ zum Opfer fallen. In einem Bezirk, der mit 2,2 Quadratmeter Grünfläche pro Person einer der am stärksten verbauten ist.

Die geplante Errichtung einer „Kunsthalle“ in Form einer blau-gelben Stahlkonstruktion auf dem Karlsplatz wird vor allem von der Kulturstadträtin Ursula Pasterk vehement betrieben, die sich davon die vorübergehende Schaffung eines kontinuierlichen Ausstellungsbetriebs erhofft. Ursprünglich war eine Ausstellungshalle im Museumsquartier geplant. Da der Messepalast aber umgebaut wird, die Mieten für Ausstellungen im Künstlerhaus sehr teuer sein sollen, verfiel man/frau der Stadt Wien auf die Idee, eine Übergangslösung bis 1995 zu schaffen, um keine „wichtigen Ausstellungen an Wien vorbeiziehen zu lassen“. Den Standort für die provisorische Lösung legte der Wiener Stadtrat Hannes Swoboda fest. Aus fünf Varianten (Standort gegenüber dem Museum für angewandte Kunst, linkes Donauufer bei der Reichsbrücke, zwei Standorte am Donaukanal und der Karlsplatz) wurde vor allem aus Gründen der Nähe zur Secession und zur Akademie der bildenden Künste am Schillerplatz der Standort Karlsplatz gewählt.

Als konkretes Areal für die Schachtel (54 m lang, 18 m breit und 9,5 m

hoch) bietet sich somit die „Verkehrsfläche“ zwischen Bundesstraße 1 (Verlängerung der Rechten Wienzeile), Treitlstraße und Verlängerung Wiedner Hauptstraße an. Damit nicht genug: Um den 1. mit dem 4. Bezirk für Fußgänger zu verbinden (die fünfspurige Bundesstraße trennt den Standort vom 1. Bezirk) ist eine Fußgängerbrücke über die Straße geplant. Diese löste wegen des Bestehens der Fußgängerpassage mit nicht weniger als 7 Ausgängen im Bereich der in 5m Höhe



geplanten Röhre einige Diskussionen aus (abgesehen von der prinzipiellen Ablehnung der Verfrachtung von gehenden Menschen über oder unter die Ebene der Autos!). Die 900 m² große Kunsthalle soll ergänzt werden durch Lager, Büros und ein Café mit Garten. Gerade dieses geplante Café gibt weiteren Anlaß zur Kritik. So stehen z.B. die geplanten Öffnungszeiten (bis 1 Uhr) im Widerspruch zu den Dienstzeiten der Wiener Verkehrsbetriebe (was gilt der öffentliche Verkehr schon?).

Die Kosten für das „Provisorium“ sind derzeit geschätzte 29 Millionen

Schilling und sechs Bäume (dies sind lediglich die Kosten für den Aufbau der Kunsthalle; die Stahlbau-Konstruktion selbst existiert bereits). Dem Versprechen nach vollständigem Abbau dieser Einweghalle und Herstellung des alten Zustandes kann bei der Kenntnis der Dauer von Provisorien in Wien kaum Glauben geschenkt werden. Die mit dem Aufbau der Halle verbundenen Betonierarbeiten und der Anschluß an das Kanalnetz widersprechen dem geplanten vollständi-

gen Abbau - die Grünfläche ist damit praktisch für immer verloren.

Wir wehren uns gegen jegliche Verbauung der restlichen Grünflächen im Stadtzentrum von Wien!

Unterstützungserklärungslisten für die Initiative gegen die Verbauung der Grünfläche am Karlsplatz liegen im Sekretariat der HTU, Wiedner Hauptstraße 8-10, 1. Stock (roter Bereich) und in der Fachschaft Informatik, Treitlstraße 3, Hochparterre auf.

Greenpeace

*„Einst kommt die Zeit, da werden
die Naturschätze der Erde geplündert sein,
die Wasser des Meeres verschmutzt,
die Flüsse vergiftet,
und das Wild wird tot umfallen.*

*Doch in letzter Stunde wird der Indianer
seinen verlorenen Geist wiederfinden,
den Weißen Mann Ehrfurcht vor der Erde lehren
und sich mit ihm vereinigen, um
Kämpfer des Regenbogens zu werden.“*

Ein Erdbeben der Stärke 8,3 bis 8,6 auf der Richter-Skala verursachte im Jahre 1964 in Amchitka (Kanada) großen Schaden. Auf das Hauptbeben folgten mehrere kleinere Beben, es erzeugte aber auch einige Tsunamis (seismische lange Meereswellen), die auf den Stränden von Oregon, Kalifornien, Hawaii und Japan großen Schaden anrichteten. Dieses Gebiet suchte sich die USA für Atombombentests aus, sie nannten ihr Vorhaben Milrow.

Milrow stand für die Zündung einer 1-Megatonnen-Atombombe 1200 m unter der Erdoberfläche. Dieses Vorhaben hat bei der Bevölkerung die Befürchtung heraufbeschworen, daß diese Explosion den gleichen Effekt haben könnte wie das Erdbeben von 1964. Am Testtag blockierten 10.000 Demonstranten zum Zeichen ihrer

Besorgnis die wichtigsten Grenzübergänge zwischen Kanada und den USA. Ihre Forderung lautete „Don't make a Wave“, macht keine Welle!

Die Forderungen der Bevölkerung ignorierend, ließ die US-amerikanische Atom Energie Kommission (AEC) am Donnerstag, den 2. Oktober 1969, um 30% die Bombe zünden. In Victoria (Kanada) registrierten Seismographen Stoßwellen der Stärke 6,9 auf der Richter-Skala, aber die Bombe löste keine Flutwelle aus. Nachdem sich die Gemüter beruhigt hatten, kündigten die USA für 1971 die Testexplosion einer Bombe mit 5 Megatonnen (Deckname Cannikin) an.

Jim Bohlen, ein ehemaliger Tiefseetaucher und Radarbeobachter der US-Marine, der nach dem Zweiten Weltkrieg an der Entwicklung der Minute-

man- und Polaris-Raketen mitwirkte, gab, nachdem er die drohende Gefahr eines Atomkrieges erkannte, seinen Beruf auf und zog mit seiner Familie nach Vancouver (Kanada). Dort wurden er und seine Frau Marie bald in der Friedensbewegung aktiv, sie lernten die beiden Quäker Irving und Dorothy Stowe kennen. Irving Stowe führte Bohlen in die Religion der Quäker ein. Die Quäker vertreten eine besondere Form des Protestes, das „Zeugnis ablegen“. Es ist eine Art passiver Widerstand, ausgedrückt dadurch, daß man/frau sich am Schauplatz einer abzulehnenden Aktion einfindet und seine/ihre Opposition durch Anwesenheit bekundet.

Daraufhin gründeten Bohlen und Stowe zusammen mit Paul Cote, einem Jurastudenten, eine Gruppe, die sie *„Don't Make a Wave Committee“* nannten. Einziges Ziel dieses Komitees war, den Amchitka-Test zu verhindern.

Da die Bevölkerung sich unter „Macht keine Wellen“ nichts konkretes vorstellen konnte, mußte ein Name für die Bewegung gefunden werden, der die Ziele dieser Gruppe charakterisieren sollte. Ein kanadischer Sozialarbeiter schlug den Namen „Greenpeace“ vor und dieser wurde allgemein akzeptiert.

Nun ging es daran, den Protest auch kundzutun, und es entstand der Plan, mit einem gecharterten 24-Meter-Heilbutt-Seiner, der „Phyllis Cormack“, in das Testgebiet zu segeln. Man wollte den Test verhindern oder wenigstens verzögern, auf jeden Fall aber sollte die Bevölkerung auf solche Tests aufmerksam gemacht werden.

Es war nicht das erste Mal, daß man versuchte mit einem Schiff ins Testgebiet zu segeln. Schon Jahre zuvor versuchten die Quäker mit einem Schiff namens „Golden Rule“ in die Nähe des Bikini-Atolls im Südlichen Pazifik zu fahren, um dort gegen die Wasserstoffbombentests in der Atmosphäre zu protestieren. Die Mission mißlang, sie wurden bereits in Hawaii festgenommen.

Die Mittel zur Finanzierung des Projekts kamen aus verschiedenen Quellen, der Großteil kam von Gelegenheitsspendern. Aufgrund einer sehr guten Pressearbeit begannen sich sogar US-amerikanische Journalisten für dieses Vorhaben zu interessieren. Nach zwei Jahren harter Arbeit war das Schiff mit 12 Mann Besatzung dann soweit, es konnte losgehen!

Am 15. September um 16 Uhr legte die „Phyllis Cormack“ (Zweiname Greenpeace) mit Kapitän Cormack am Steuer von Vancouver ab. Jemand aus der Mannschaft hatte ein Buch über indianische Mythen und Legenden mitgenommen. Das Buch „Warriors of the Rainbow“ enthält die Prophezeiung einer alten Cree-Indianerin namens Eyes of Fire:

„Einst kommt die Zeit, da werden die Naturschätze der Erde geplündert sein, die Wasser des Meeres verschmutzt, die Flüsse vergiftet, und das Wild wird tot umfallen. Doch in letzter Stunde wird der Indianer seinen verlorenen Geist wiederfinden, den Weißen Mann Ehrfurcht vor der Erde lehren und sich mit ihm vereinigen, um Kämpfer des Regnbogens zu werden.“

Auf die hinter dieser Weissagung steckende Idee stützt sich Greenpeace auch heute noch.

Durch einen Funkspruch hatte die Crew erfahren, daß der Test auf unbestimmte Zeit verschoben worden war. Am 30. September wurde das Schiff von der US-Küstenwache für beschlagnahmt erklärt, weil die Crew versäumt hatte, den Zoll von ihrer Ankunft in Akutan zu verständigen. Am 12. Oktober beschloß die Besatzung die Aktion abubrechen und umzukehren. Mittlerweile war es den Zurückgebliebenen gelungen, ein schnelleres Schiff aufzutreiben, das 47 Meter lange, umgebaute Mienenräumboot „Edgewater Fortune“. Die „Fortune“ steuerte Amchitka an, als die Cormack auf Heimkurs lag.

Es wurde ein Rennen gegen die Zeit, weil Nixon den 4. November

als Stichtag für den Test festgelegt hatte. Die „Fortune“ war noch 1100 Kilometer von ihrem Ziel entfernt, als am 6. November James R. Schlesinger, der Vorsitzende der AEC, Order gab, die Bombe zu zünden.

Ein Erdbeben blieb auch diesmal aus. Diese Aktion hatte allerdings das Interesse der Öffentlichkeit geweckt, es gab Proteste und Demonstrationen gegen die Tests sowie Streik- und Boykottandrohungen, so daß die USA unmöglich noch weitere Tests im Amchitkagebiet vornehmen konnten.

Vier Monate später kündigte die AEC den Abbruch der Testserie in den Aleuten an.

Greenpeace hatte sich mit dieser Aktion einen Namen in Kanada gemacht. Eine Reihe von Protestaktionen folgte, durch die Greenpeace weltweit bekannt wurde.



Die nächste Mission richtete sich gegen die französische „Force de Frappe“, die auf dem Moruroa-Atoll in Französisch-Polynesien atmosphärische Atombombentests veranstaltete.

Greenpeace suchte dafür einen Schiffsseigner, der es wagen würde, nach Moruroa zu segeln und dort außerhalb der Hoheitsgewässer vor Anker zu gehen, um die Franzosen daran zu hindern, die Bombe zu zünden. Ein Mann namens David McTaggart stellte sich mit seiner 12-Meter-Ketsch „Vega“ zur Verfügung. Innerhalb kürzester Zeit gelang es ihm, eine Mannschaft aufzustellen, das Auslaufen des Schiffes wurde durch die Behörden verzögert.

Am letzten Apriltag gelang es der fünfköpfigen Crew dann doch, Westhaven Harbour heimlich zu verlassen.

Nach einigen Zwischenfällen und dem Abspringen von zwei Personen der Crew gelangten sie am 1. Juni um 22⁴⁵ in die Sperrzone und gingen 32 km von der Testinsel in Position. Es folgten harte Wochen, in denen die „Vega“ ständig von drei französischen Kriegsschiffen bedroht und gejagt wurde. Am 30. Juni hörte McTaggart eine französische Pressemeldung, die besagte, daß die „Vega“ friedlich aus dem Seegebiet geleitet worden wäre (diese Meldung war 11 Tage alt).

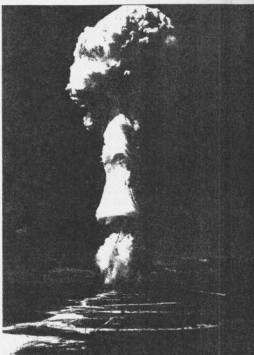
Durch diese Meldung hatten sich die Franzosen abgesichert, falls der „Vega“ nun etwas passieren sollte, könnte man sie dadurch nicht belangen.

Am nächsten Tag um 8³⁰ erfolgte die Explosion; die Crew hatte keine Ahnung, daß sie sich nicht weit vom Falloutgebiet befand. Das französische Minenräumboot „La Paimpolaise“ sollte die „Vega“ daran hindern, in dieses Gebiet einzufahren. Ohne die möglichen Gefahren für die Mannschaft in Betracht zu ziehen, rammte sie schließlich das Schiff. Die Franzosen richteten die „Vega“ schnell wieder einigermaßen her, um die Störenfriede möglichst rasch loszuwerden. McTaggart, Ingram und Davidson traten nun eine beschwerliche Reise nach Rarotonga an.

McTaggart schwor, die französische Regierung für ihr Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen. Die kanadische Regierung verweigerte ihm jegliche Unterstützung. Erst als bekannt wurde, daß der Anwalt Jack Cunningham (ein Seerechts-Experte) seinen Fall übernehmen wollte und McTaggart zu einem Auftritt im überregionalen TV eingeladen wurde, schwenkte die Regierung um und wollte ihn unterstützen.

Aufgrund der im April 1973 erfolgten Meldung der französischen Regierung, im Sommer abermals eine Wasserstoffbombe zünden zu wollen, entschloß sich McTaggart, abermals ins Testgebiet zu segeln.

Diesmal sollte er nicht alleine dastehen, denn weltweit wurden immer mehr Proteste laut. Gewerkschaften und Regierungen kündigten den Boykott französischer Waren an und südamerikanische Staaten wa-



ren wegen der Frage des radioaktiven Niederschlags beunruhigt. In Europa wurde unter dem Greenpeace-Banner ein Protestmarsch von London nach Paris unternommen, an der französischen Grenze wurden die Demonstranten auseinandergeprügelt und auch in Paris wurden einige tausend Demonstranten von der Polizei brutal auseinandergejagt.

Über 25 Schiffe schickten sich im Frühjahr 73 zu einer Protestfahrt nach Monuroa an, darunter auch einige Kriegsschiffe, womit wohl die Kriegsmaschinerie erstmals bei einer friedlichen Protestaktion zum Einsatz kam.

Die Franzosen leiteten ihre Versuche am 21. Juli ein.

Am 15. August wurde die „Vega“ gekapert. Die Behauptung, daß die Leute der französische Marine unbewaffnet an Bord der „Vega“ gegangen wären und keinen einzigen Schlag ausgeteilt hätten, wurde von Fotos, die die Besatzung der „Vega“ gemacht und versteckt hatte, widerlegt. Ingram und McTaggart wurden zusammengeschlagen, wobei McTaggart am rechten Auge schwer verletzt wurde. Die internationale Presse griff den Vorfall auf; die Zeitungsauschnitte füllten 22 Sammelbücher.

Im November 1973 kündigte Frankreich in der UN-Generalversammlung an, alle weiteren Kernwaffenversuche ab 1974 unterirdisch durchzuführen.

Nun verfolgte McTaggart seinen Krieg gegen die französische Regierung weiter. Nachdem sich die kanadische Regierung geweigert hatte, seinen Fall vor den Internationale Gerichtshof in Den Haag zu bringen, blieb ihm nichts anderes mehr übrig, als seine Klage im Alleingang vor ein französisches Gericht zu bringen. Es vergingen einige Jahre bis zum Abschluß des

Verfahrens. Das Pariser Zivilgericht entschied, die französische Marine sei schuldig, das Schiff gerammt zu haben und müsse eine Schadenersatzsumme, die von einem Sachverständigen des Gerichtes festgelegt würde, an McTaggart zahlen. Doch im zweiten, gravierenderen Anklagepunkt, der Piraterie, erklärte sich das Zivilgericht für nicht zuständig.

McTaggart wurde eine der wichtigsten und einflußreichsten Führungspersönlichkeiten in der Greenpeace-Bewegung.

Fortsetzung folgt im Fridolin 56.

luc

HP 48SX: Der neue erweiterbare Taschenrechner

Der HP 48SX von Hewlett Packard ist der neue Taschenrechner mit dem Super-Leistungspaket, das seinesgleichen erst suchen muß! Für Studenten und professionelle Anwender konzipiert, bietet er Funktionen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen:

Formeleingabe

Geben Sie die Gleichung so wie sie in Ihrer Formelsammlung steht ein! So etwas gab es noch nie: Dieses Programm macht die Umwandlung komplexer Gleichungen in ein Computer-Format überflüssig, verbessert die Lesbarkeit (für eine genaue Überprüfung) und die Handhabung von Symbolen.

$$\frac{1}{\sqrt{2\pi}} \sum_{n=1}^{\infty} \int_0^{2\pi} \Delta \delta \sin(n \cdot x) dx$$

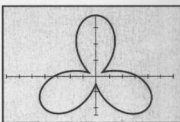
Programmierung

Der HP 48SX kann mit dem HP Gleichungslöser und der integrierten Programmiersprache an das jeweilige Problem angepaßt werden. Der Benutzer hat die Möglichkeit Gleichungen numerisch zu lösen, ohne die abhängige Variable isolieren zu müssen.



Grafik und Rechnen

Grafikfunktionen (8 verschiedene Diagrammart) verbunden mit Rechenmodus machen den HP 48SX zum verlässlichen "Kollegen". Er berechnet Wurzeln, Schnittpunkte, rel. Extrema, Ableitungen, Steigungen und Integrale, während Sie die Grafik auf der 8-zeiligen (22 Zeichen/Zeile) Anzeige betrachten.



Zweizweig IR-Schnittstelle

Tauschen Sie Ihre Programme und Daten mit einem anderen HP 48SX. Die Zweizweigschnittstelle macht es möglich. Natürlich "spricht" sie auch mit dem HP 82240 Infrarot-Thermodrucker!

RAM und ROM Erweiterung

Zwei Steckplätze stehen für RAM und ROM Karten zur Verfügung. Spezielle ROM Karten für die Anpassung an verschiedene Spezialgebiete (etwa Vermessungswesen) sind in Vorbereitung. Mit der optionalen seriellen Schnittstelle kann Ihr HP 48SX an kompatible IBM* und Apple McIntosh* PCs angeschlossen werden.

Automatische Einheitenumrechnung

Geben Sie Ihre Konstanten und Variablen in den vorgegebenen Größen ein und Sie erhalten Ihr Ergebnis in den gewünschten Einheiten.



ibw

Mit Schulausweis zum Superpreis!

**FÖRDERUNGSVEREIN FÜR
BILDUNG U. WISSENSCHAFT**

1040 Wien, Frankenberggasse 12, Tel. 505 01 75 - 0

* IBM ist eingetragtes Warenzeichen der International Business Machines Corporation. Apple und Macintosh sind eingetragte Warenzeichen der Firma Apple Computer, Inc.

Sicherheitspolizeigesetz

*Als im Zuge des Noricum-Untersuchungsausschusses bekannt wurde,
daß die Staatspolizei auf Anfragen von (verstaatlichten) Firmen
Auskünfte erteilt oder Ermittlungen beginnt,
wurde der Ruf nach einem Polizeibefugnisgesetz wieder laut.*

Innenminister Löschak gab in einer Panikaktion die Möglichkeit zur Akteneinsicht bekannt, und Bundeskanzler Vranitzky, der von dem Skandal nur wenig betroffen scheint, erklärte, das Sicherheitspolizeigesetz so schnell wie möglich verabschiedet zu wollen. Über ein Jahr später könnte mensch wohl ein ganzes Buch über die Akteneinsichtnahme bei der Stapo schreiben.

Das Sicherheitspolizeigesetz (abgek. SiPolG) steht nun knapp vor der Fertigstellung und wird wahrscheinlich nach der Sommerpause im Parlament verabschiedet werden. Dies soll geschehen, obwohl noch viele Details ungeklärt sind, und das gesamte Gesetz eher mit Legalisierung der Mißstände umschrieben werden könnte, als mit klarer Abgrenzung der Befugnisse der Exekutive.

Um das neue SiPolG zu verstehen, muß mensch erstens die historischen Hintergründe und zweitens die Ziele der Polizei in einem Staat betrachten.

Die gesetzliche Basis der Exekutive ist das Verfassungsüberleitungsgesetz (VÜG) aus dem Jahr 1929. Zu dieser Zeit verschärften sich die Konflikte zwischen den einzelnen politischen Lagern. Es kam immer häufiger zu gewaltsamen Konfrontationen. Diese dienten als Vorwand, um die Exekutive gegenüber dem Parlament zu stärken.

Als übergeordnete Institution sollte ein vom Volk gewählter Bundespräsident mit weitreichenden Voll-

machten stehen. Da die Wahlen vor der Tür standen und es noch immer kein richtiges Polizeirecht gab, wurde „bis zur Erlassung bundesgesetzlicher Bestimmungen über die Befugnisse der Behörden“ der Polizei die Möglichkeit gegeben, sich mittels Verordnung die nötigen Rechtsgrundlagen zur Erfüllung ihrer Aufgabe zu schaffen (Anordnungsbefugnisse). Theoretisch ist die Polizei nur für Bereiche zustän-



dig, die nicht von anderen Behörden abgedeckt werden. Gefahren, die nicht eindeutig in den Bereich einer Behörde fallen werden Querschnittsverfahren genannt.

Im Lauf der Zeit eignete sich die Polizei immer mehr Kompetenzen im Bereich der Querschnittsverfahren an. Diese Rechtsgrundlagen aus den zwanziger Jahren, die

der Polizei mehr oder weniger alle Freiheiten einräumt, sind den Herrn Staatsschützern sehr ans Herz gewachsen und so ist es nicht verwunderlich, daß sich z.B. die Anordnungsbefugnisse auch in dem neuen Entwurf des SiPolG (verschärft) wiederfinden. Einige Beispiele dafür wären:

- Es können Orte bereits vor Bestehen einer Gefahr für maximal drei Monate als Sperrgebiet deklariert werden.

Dies muß in geeigneter Weise mittels Anschlag oder in den Medien bekanntgegeben werden. (Wenn du wieder einmal auf eine StudentInnen demo gehen willst, vorher Radio hören, ob der Ring nicht vielleicht zum Sperrgebiet erklärt wurde.)

- Da der Polizei ja nicht alle Gefahren bekannt sein können, gibt es noch die „außerordentliche Anordnungsbefugnis“.

Wobei unklar bleibt, was mit ihr alles angeordnet werden kann. Eine Möglichkeit wäre, den Erwerb bestimmter Dinge von bestimmten Kriterien abhängig zu machen. Ein reales Beispiel dafür wäre etwa New York City: Dort ist der Erwerb von Spraydosen an einen „Bedarfsnachweis“ gebunden.

Weitere Befugnisse sind:

- **Wegweisung:** Personen, die eine Amtshandlung stören oder eine Gefahr darstellen, dürfen „verschuecht“ werden (Wurde in Verbindung mit den Karlsplatz-Kids bekannt, und



trotz gegenteiliger Behauptungen im neuen SiPoLG Entwurf nicht entfernt).

- **Inanspruchnahme von Sachen:** Die Polizei darf fremdes Eigentum für ihre Zwecke verwenden.

- **Unmittelbarer Zwang:** Die Polizei darf diese Befugnisse auch mit unmittelbarem Zwang (=körperliche Gewalt) durchsetzen.

- **Identitätsfeststellung:** Personen ohne Ausweis dürfen festgenommen werden. Die Arrestzeit wurde zwar im letzten Entwurf von 14 Tagen auf eine Woche verkürzt, was aber an der Fragwürdigkeit dieses Punktes nichts ändert.

Bisher wurden nur die Nachteile des SiPoLG festgestellt ohne auf den Hintergrund einzugehen.

Ein Großteil der Studierenden wird mit den Bestimmungen nie in Be-

rührung kommen, was nicht gerade ein Zufall ist. Übergriffe der Exekutive treffen fast immer die Schwachen bzw. Unterprivilegierten der Gesellschaft. Die Polizei wird auch als Ordnungsmacht bezeichnet. Und es war und ist immer die Ordnung der Mächtigen, die gemacht wurde.

Mensch soll in Ruhe konsumieren können (wenn er kann), deshalb gibt es z.B. das Wegweiserecht. Wie schaut denn das aus, wenn direkt neben der Oper die Sandler herumhängen? Oder wenn das „Kapital“ beim Verpassen des Geldes am Opernball durch engagierte Menschen gestört wird, die auf Wohnungsnot, soziale Probleme oder ähnliches aufmerksam machen.

In der ganzen Diskussion über das SiPoLG ist nirgends ein Ansatz zur Definition der Aufgaben der Polizei in einem Staat vorhanden.

Die Aufgabe der Exekutive besteht größtenteils in der „Verwaltung“ der

Auswirkungen gesellschaftlicher Mißstände. Die Polizei kann und will sich jedoch nur mit diesen beschäftigen. Sie ist sicherlich nicht verantwortlich für Mißstände, nur sollte diskutiert werden, wie weit ihr Einflußbereich gehen soll.

Abschließend noch ein weiterer Punkt, der kaum erwähnt wird: die Ausbildung des Sicherheitsapparates. Vergewaltiger, Psychopathen und schießwütige Killer sind nicht gerade ein überzeugender Output des bestehenden Ausbildungssystems.

Auch hier sollte sich mensch ein paar Gedanken machen. Es kann nicht der Sinn eines Polizeibefugnisgesetzes sein, Mängel in der Ausbildung zu legalisieren oder zu verdecken.

Auch hier müßten die Probleme bei der Wurzel angepackt werden.

peter

Wir sind gewählt !



Daß bei den einzelnen Studienrichtungsvertretungen im Gegensatz zu allen anderen Ebenen (FV, HA, ZA) Personen und keine Fraktionen gewählt werden, dürfte man/frau bei den Wahlen im Mai bemerkt haben.

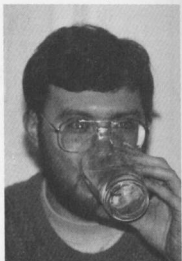
Für die StRV Informatik/Datentechnik kandidierten auch diesmal wieder 5 MitarbeiterInnen der Fachschaft sowie zwei Überraschungskandidaten von der ÖVP-nahen AG. Um das Ergebnis vorwegzunehmen, sei jetzt schon gesagt, daß „Die Fünf“ aus der Fachschaft (oben von li nach re: Hasi, Katharina, Peter; unten: Hannes; nächste Seite: Bernd), gewählt wurden.

Wir haben uns darüber sehr gefreut, denn wir sehen das als Bestätigung, daß unser Engagement für die StudentInnen gewürdigt wird.

Tatsache ist, daß wir uns auch nach der Wahl noch für Euch und Eure Angelegenheiten einsetzen. Die beiden AG'ler sind vom Wahlergebnis offenbar sehr enttäuscht, denn bis dato hat sich keiner der beiden mehr in der Fachschaft

blicken lassen. (Nicht, daß man Sie vorher sonderlich oft gesehen hätte.)

Verglichen mit den beiden AG-Kandidaten und ihrer „Lehrveranstal-



tungsanalyse“ haben wir uns in letzter Zeit sicher weniger blicken lassen und vermutlich auch weniger wahlspezifische Aktionen gesetzt. Warum das so war, ist leicht erklärt: wir waren und sind noch immer der Meinung, daß die StudentInnen mehr von einer StRV haben, die kontinuierlich ihre Interessen vertritt. Erst kurz vor der Wahl in Erscheinung zu treten und dann zu versuchen, durch „Gesichtsbäder in der Menge“ noch schnell Popularität zu erlangen, halten wir nicht für sinnvoll. Möglicherweise kann man/frau uns auch Snobismus vorwerfen, weil wir vor der Wahl kein besonderes Engagement zeigten und glaubten, daß es genügt, in diversen Kommissionen tätig zu sein, den Prüfungsordner zu betreuen, Erstsemestrigen Tutorien zu veranstalten und anderes mehr, um gewählt zu werden. Aber ich wage zu behaupten, daß – wenn überhaupt – nur sehr wenige StudentInnen dieser Meinung sind, sonst hätten sie uns nicht gewählt.

Ich nehme an, daß unsere WählerInnen nun auch interessieren wird, was wir in den nächsten 2 Jahren

vorhaben. Zu diesem Thema haben wir schon stundenlange Überlegungen angestellt und sind schon zu

einigen konkreten Ergebnissen gelangt. Außerdem veranstalten wir Anfang Juli noch ein vierstages

Fachschaftsseminar, um unsere Pläne zu konkretisieren und einen genauen modus operandi festzulegen.

Sollte irgendjemand von Euch Anregungen für uns haben oder uns auf Missstände aufmerksam machen, würde uns das sehr freuen,

denn schließlich sind wir ja Eure StudentInnenvertretung!

Wie das nach Wahlen so üblich ist, möchte ich mich, stellvertretend für uns alle, noch einmal herzlich bei all jenen, die uns gewählt haben, bedanken. Außerdem möchte ich diejenigen, die uns nicht gewählt haben und somit offenbar nicht mit unserer Arbeit zufrieden sind, bitten, einmal vorbeizuschauen und uns ihre Bedenken mitzuteilen, denn wir wollen uns keineswegs auf unseren Lorbeeren ausruhen!

katharina



Wahlergebnisse

Informatik

(gemeinsam mit Uni-Wien)

Bernd Obermayer	445
Katharina Summer	327
Johannes Schulz	281
Markus Hasleder	265
Peter Judmaier	194
Hannes Graf	158
Alexander Hammer	156

gewählt:

Obermayer, Summer, Schulz, Hasleder, Judmaier

Wirtschaftsinformatik

(gemeinsam mit Uni-Wien)

Dieter Scheithauer	200
Stefan Klaming	180
Salwa Maghsood	170
Norbert Löscher	158
Oliver Prenn	157
Gerald Pichler	137
Martin Rützler	134
Wolfgang Pendl	132

gewählt:
Scheithauer, Klaming,
Maghsood, Löscher,
Prenn

Hauptausschuß TU Wien

Fraktion	Stimmen	Mand (89)
Fachschaftsliste	2750	9 (8)
AG	1437	4 (3)
VSSTÖ	584	2 (2)
JES	322	1 (1)
FSI (Freiheit.)	299	0 (0)
KSV	108	0 (0)

Wahlbeteiligung 27,53%

Zentralausschuß (ZA)

	Stimmen	Mand.
AG	24127	30
VSSTÖ	9337	11
Fachschaftsliste	4961	6
Grüne u. Alt. WP	4204	5
JES	3125	3
FSI	2970	3
VGÖ	1658	2
KSV	428	1
GRAS Obermayer	1381	1
Ökologische Liste	1331	1
Rosa Liste	1151	1
Kunst und Politik	1095	1
BIER	787	0
A.L.F.	675	0
Werner - Beinhart	558	0
Revolutionsbrühof	466	0
ÖSU	464	0
GRAS Kapf	408	0
FEST	110	0

Ihr wolltet es so!

Die Ergebnisse der ÖH-Wahl

Es wird Dir wohl kaum entgangen sein, daß im Mai Hochschülerschaftswahlen (ÖH-Wahlen) stattfanden, und nachdem bei Wahlen zumeist das Ergebnis von besonderem Interesse ist, wollen wir es Dir natürlich nicht vorenthalten.

Abgesehen von den Ergebnissen der ÖH-Wahl und der Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft versuche ich in diesem Artikel eine Analyse, wer, warum, wo und wieviel (nicht) gewonnen hat. Bevor Du jedoch genauere Zahlen erfährst noch einmal eine kurze Erklärung über die ÖH-Struktur. Eingeweihte mögen diesen Absatz überspringen.

28% Wahlbeteiligung

Abgesehen vom „Urabstimmungszettel“ hast Du, sofern Du zu den 28% gehörst, die tatsächlich zur Wahl gegangen sind, 4 Zettel erhalten. Einen für den Zentralausschuß (ZA), einen für den Hauptausschuß (HA), einen für die Fakultätsvertretung (FV) und last but not least für die Studienrichtungsvertretung (StRV, vulgo Fachschaft). Der ZA als „österreichsweites StudentInnenparlament“ ist die oberste Ebene der ÖH-Struktur und somit zuständig für Geldverteilung, Ministeriumskontakte,... Genaugenommen erfüllen der HA der jeweiligen Universität, die FV für die einzelnen Fakultäten und die StRV für die verschiedenen Studien die gleichen Aufgaben, allerdings in jeweils kleinerem Rahmen. Außerdem nimmt natürlich die persönliche Betreuung für die StudentInnen zu, je weiter unten die einzelne Instanz in der Gesamtstruktur angesiedelt ist.

Überraschend war der hohe Anteil der ungültigen – zum Großteil nicht ausgefüllten – Stimmzettel. 28,7 % der für die StRV abgegebenen Stimmen waren ungültig, was bedeutet, daß rund ein Drittel der WählerInnen nichts mit den sieben Namen auf dem Zettel anfangen konnten oder wollten. Vielleicht solltest Du öfter in der Fachschaft vorbeischaun (nicht nur um Prüfungsangaben zu kaufen), um Deine VertreterInnen einmal kennenzulernen. Möglicherweise interessiert Dich auch, wie sie Dich in den nächsten 2 Jahren vertreten wollen.

Auf Fakultätsvertretungsebene hat sich nicht viel verändert, es wurde auch von keiner Fraktion ein spezieller FV-Wahlkampf geführt. Von den elf zu vergebenden Mandaten hat die Fachschaftsliste wie schon vor zwei Jahren acht errungen, die JES hat ihr Mandat gehalten und die AG, die letztes Mal nicht kandidierte, hat diesmal zwei Mandate geschafft. Der Verband Sozialistischer StudentInnen (VSSStÖ) hatte bisher zwei Mandate, kandidierte aber diesmal nicht auf Fakultätsbene. Der Schluß, daß die VSSStÖ WählerInnen diesmal AG gewählt haben, dürfte jedoch nicht zulässig sein, da diese beiden Gruppierungen eher konträren¹ politischen Lagern angehören (SPÖ vs. ÖVP).

„Wir werden ihnen eine saubere Niederlage bescheren“

Am HA der TU-Wien gab es ein doch eher unerwartetes Ergebnis. Zumindest für einige. Denn noch am Tag vor Beginn der Wahl, am Montag den 13. Mai 1991, wurde Peter Marhold von der AG im „Standard“ auf Seite 5 mit den Wor-

ten zitiert: „Wir werden ihnen eine saubere Niederlage bescheren“. Damit meinte er die Fachschaftsliste, die an der TU-Wien seit einiger Zeit die Exekutive stellt.

Trotz radikaler Änderung der Wahlkampfmethoden (Diesmal wurde seitens der AG mittels Lehrveranstaltungsanalyse um WählerInnenstimmen geworben; im letzten Wahlkampf an der TU hingegen entdeckte die AG einen „Finanzskandal“ der sich jedoch bei genauerer Überprüfung durch einen Untersuchungsausschuß mit Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, etc. als schlechter Wahlkampfag entpuppte) führte auch diese, zugegebenermaßen ausgezeichnet mit Plakaten und Flugzetteln beworbene Spontanaktion der Lehrveranstaltungsanalyse nicht zu der in den Medien prophezeiten Niederlage der Fachschaftsliste.

Von 17 Mandaten erhielt die Fachschaftsliste mit exakt 50,00% der gültigen Stimmen neun Mandate, zweitstärkste Fraktion wurde die AG mit vier Mandaten, gefolgt vom VSSStÖ (zwei Mandate), sowie von JES und erstmals auch FSI mit je einem Mandat.

Für Leute mit gutem Gedächtnis: Bei der letzten Wahl wurden am Hauptausschuß der TU nur 15 Mandate vergeben, auf Grund der gestiegenen HörerInnenzahlen wurde eine Aufstockung vorgenommen. Dies wird im ÖH-Gesetz festgelegt.

Die zwei „neuen“ Mandate gingen an Fachschaftsliste und AG. Die Freiheitliche Studenten Initiative (FSI) „übernahm“ ihr Mandat von der nicht mehr kandidierenden Gruppierung „PUFM“.

¹ Die layouterin denkt sich: „?“

Signifikante Veränderungen am Zentralaussschuß

Womit wir beim einflußreichsten Organ angelangt wären, dem Zentralausschuß.

Im Gegensatz zur Situation an der TU gab es dort doch einige Veränderungen. Der AG, die mit 25 Mandaten auch bisher die stimmenstärkste Fraktion des 65 Sitze zählenden ZA war, gelang es, sich um 20% zu steigern und sie hält jetzt bei 30 Mandaten. Damit hat sie nur relativ knapp die absolute Mehrheit (33 Sitze) verpaßt.

Dieser Gewinn hängt sicher damit zusammen, daß die AG an vielen Universitäten (WU, Uni-Wien, Uni-Innsbruck) die Mehrheit innehat und der Großteil „Durchwähler“ sind. (Das bedeutet, daß für den ZA dieselbe Fraktion wie für den HA angekreuzt wird.) Außerdem wage ich zu behaupten, daß die AG an Universitäten an denen sie die Exekutive stellt, die Zeitung des HA's (die eigentlich überparteilich

sein sollte) durchaus für Eigenwerbung verwendet. Stellt man weiters die Überlegung an, daß die AG als größte Fraktion vermutlich sowieso über das höchste Wahlkampfbudget verfügt, so kommt man zu dem Schluß, daß durch diese Umstände kleinere Fraktionen eindeutig benachteiligt sind, vor allem wenn sie noch zusätzlich von keiner Partei gesponsort werden.

Die zweitstärkste Fraktion, der VSSÖ, ist mit 11 Mandaten (-3) bereits klar abgeschlagen. Einer der Gründe des Verlustes für den VSSÖ ist höchstwahrscheinlich der eher abgehobene Wahlkampf, der zwar sehr originell, aber alles in allem zu abstrakt war, als daß man/frau konkreten Bezug zum Studium bemerken konnte. Weiters fehlt dem VSSÖ der konkrete „Basiskontakt“ in den Studienrichtungsvertretungen.

An dritter Stelle findet sich die erste nicht parteigesponserte Fraktion, die „Fachschaftlisten Österreichs“ (FLÖ). Bei diesen Wahlen kandidierte die FLÖ erstmals auf de facto

allen Universitäten Österreichs, was einen Anstieg von vier auf sechs Mandate bewirkte. Gut ein Drittel der ZA-Stimmen für die FLÖ kamen von der TU-Wien und im Gegensatz dazu ganze vier Stimmen von der Montanistik in Leoben. Bedenkt man, daß diese Gruppierung eine der wenigen parteiunabhängigen Fraktionen ist und somit auch nicht finanziell unterstützt wird, sind diese sechs Mandate durchaus ein beachtenswertes Ergebnis.

Mit fünf Mandaten schaffte die Liste „GRAS-Walter Löffler“ – eine Grüppengruppierung – den vierten Platz. Die restlichen Fraktionen erreichten weniger als vier Sitze. Eine davon, nämlich die konservative JES wird bei der konstituierenden Sitzung des ZA vermutlich der AG die nötigen Stimmen bringen, um deren Spitzenkandidat Thomas Frad zum ZA-Vorsitzenden zu wählen.

Über weitere Entwicklungen werdet ihr in den nächsten zwei Jahren laufend informiert werden.

bernd

Ergebnis der Urabstimmung

Ø Interessensvertretung innerhalb der Universität

(Studienpläne, Prüfungsbedingungen, Lehrangebote)

unwichtig	56	1%
weniger wichtig	168	3%
eher wichtig	1085	18%
sehr wichtig	4357	74%
keine Angabe	232	4%

Ø Interessenvertretung gegenüber dem Ministerium und anderen staatlichen Stellen

(Studiengesetze, Stipendien, soziale Absicherung, Studienreform)

unwichtig	76	1%
weniger wichtig	278	5%
eher wichtig	1412	24%
sehr wichtig	3896	66%
keine Angabe	236	4%

Ø Vertretung allgemeiner Interessen

(Ökologie, EG, Arbeitslosigkeit, Frauenfragen, Wohnungsproblematik)

unwichtig	1057	18%
weniger wichtig	2101	36%
eher wichtig	1449	25%
sehr wichtig	1034	18%
keine Angabe	257	4%

Ø Beratung und Service

(Insriptionsberatung, Skripten, Sozial- und Rechtsberatung, Broschüren, Mensen)

unwichtig	99	2%
weniger wichtig	539	9%
eher wichtig	1934	34%
sehr wichtig	3089	55%
keine Angabe	237	4%

Ø Pflichtmitgliedschaft

Ja	4238	72%
Nein	1561	26%
keine Angabe	99	2%

Beteiligung: 5898 HörerInnen.

Alle Angaben beziehen sich auf die TU Wien

Volkszählung & Volksbefragung

Was haben

Volksbefragung und

Volkszählung

miteinander zu tun

werden sich jetzt

manche fragen.

Nun das ist ganz einfach:

Ersteres ist eine

Möglichkeit des Volkes

an demokratischen

Entscheidungsprozessen

teilzunehmen.

Natürlich nur wenn die

Mächtigen des Staates

den Willen des Volkes

respektieren und danach

handeln.

Zweites ist ein weniger demokratisches Mittel, um Entscheidungen für (gegen?) das Volk zu treffen (und um über eben dieses Volk sehr viel in Erfahrung zu bringen, aber das nur nebenbei).

Wie die meisten von Euch wissen, haben beide, nämlich Volksbefragung und Volkszählung im Mai dieses Jahres stattgefunden. Wobei die Volkszählung sicherlich noch nicht abgeschlossen ist. Ob jetzt die Volkszählung und/oder die Volksbefragung in irgendeinem Sinne etwas Gutes oder Schlechtes für das Volk sind; das herauszufinden ist nicht der Entstehungsgrund dieses Artikels. Vielmehr geht es darum aufzuzeigen, wie verschieden doch das Demokratieverständnis der Mächtigen des Staates in beiden Fällen ist.

Da die Volksbefragung in Wien durchgeführt wurde, durften auch nur die Leute ihre Meinung kundtun, die in Wien hauptgemeldet sind. Alles schön und gut, wenn man annimmt, daß die Leute, die den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen (siehe "Erläuterungen zum ordentlichen Wohnsitz" auf der Zählungsliste der Volkszählung 91) in Wien haben, auch in Wien hauptgemeldet sind. Denn allen, die den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen nicht in Wien haben, kann es ja egal sein ob die Expo stattfindet oder Freudenau entsteht oder nicht.

Doch irgendetwas kann da nicht stimmen. Bei der Volkszählung wurde uns doch beigebracht, daß man sich dort zu zählen hat, wo sich der Mittelpunkt der Lebensbeziehungen befindet, egal ob man dort hauptgemeldet ist oder nicht.

Jetzt geht mir ein Licht auf! Man kann die Menschen von Wien also in 4 Gruppen aufteilen. Die untenstehende Tabelle gibt einen Überblick.

Gruppe	Hauptgemeldet in Wien	Mittelp. d. Lebensbeziehungen in Wien
1	Ja	Ja
2	Ja	Nein
3	Nein	Ja
4	Nein	Nein

Mitglieder der 1. Gruppe haben das Recht an der Volksbefragung teilzunehmen und die Pflicht sich in Wien zählen zu lassen. Das weitere Schicksal dieser Menschen ist aber eine andere Geschichte und wird anderswo erzählt werden.

Die 4. Gruppe hat mit der Volksbefragung nichts zu tun, sondern nur die Mühe den Stadtvätern von Wien überzeugend klarzumachen, wieso sie in Wien eine Wohnung haben, wenn dort nicht der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen ist, sie also nicht zu Wien gezählt werden wollen. Hierzu ist es notwendig, daß sie jede Menge (rein privater Dinge) eben diesen Stadtvätern erzählen (und nicht nur diesen, sondern auch dem Zähler, den Bezirksbeamten ...)

Was mit diesen Informationen geschieht sei einmal dahingestellt. Interessant ist hier vielleicht nur die Tatsache, daß das ÖStZ, trotz aller Informationen und Bemühungen von den Mitgliedern der 4. Gruppe, sich das Recht nimmt, selbst zu entscheiden, wo jetzt der Mittelpunkt der Lebensbeziehungen dieser Menschen ist. Übrigens ein Entscheidungsprozeß dessen Resultat die Betroffenen nie erfahren werden.

Ich gehe mal davon aus, daß nur die Menschen sich zur 2. Gruppe zählen, die das auch ruhigen Gewissens und im Einklang mit dem Gesetz tun können. Die Mitglieder der 2. Gruppe haben den großen Vorteil (oder auch nicht, je nach Demokratiebewußtsein) bei jeder Volksbefragung in Wien aktiv dabei zu sein. Davon einmal abgesehen haben auch diese Menschen die Mühen und Probleme der 4. Gruppe, was den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen betrifft. Hier tauchen Fragen folgender Art auf: wie so sind Sie in Wien hauptgemeldet, wenn dort nicht der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen ist? Ausserdem ist es wahrscheinlich, daß auch hier eine Umordnung geschehen wird, wie bei der 4. Gruppe.

Doch wenden wir uns jetzt der für uns interessanten 3. Gruppe zu. Diese Menschen werden natürlich zu Wien gezählt (wir wollen jetzt einmal annehmen, daß sie das auch wollen). Sie sind aber, aus welchem Grund auch immer, nicht in Wien hauptgemeldet. Typische Ver-

treter dieser Gruppe kennen wir alle; es sind all jene Studenten, die in Wien studieren aber keine Wiener sind. Diese Menschen können natürlich tun und lassen was sie wollen, Hauptsache sie halten zu Wien und kommen dadurch auch in den Genuß all jener längerfristigen Planungen, mit denen die Volkszählung ja begründet wird. Es ist sehr gut möglich, daß sie ausschließlich mit der Planung, nicht aber mit der Realisierung derselben konfrontiert werden, da vermutlich nicht alle Mitglieder der 3. Gruppe nach Abschluß ihres Studiums auch in Wien bleiben werden.

Zu diesem Zeitpunkt möchte ich mich wieder der Volksbefragung zuwenden. Das Kraftwerk Freudenau und die Expo 95, und da wird mir wohl ein jeder zustimmen, sind natürlich auch längerfristige Projekte, deren Auswirkungen die Mitglieder der 3. Gruppe nicht mehr erleben werden, weil sie nicht mehr in Wien sein werden (bin ich jetzt sarkastisch?). Also das ganze noch einmal in Kurzfassung: Für statistisch-

demokratische Entscheidungen – was auch immer daran demokratisch sei – sind Mann und Frau aus der 3. Gruppe sehr beliebt, für einen direkten demokratischen Eingriff in einen Entscheidungsprozess werden die gleichen Menschen verschmäht. Es kann wohl niemandem ein Vorwurf gemacht werden, dem jetzt der Gedanke aufkommt, hier liege eine subtile Art der Manipulation vor. Anders ausgedrückt, wenn man die Menschen der 3. Gruppe bei der Volksbefragung nicht haben will, dann soll man sich auch nicht bei der Volkszählung um diese Menschen streiten.

Nur so nebenbei: Ausländische Studenten (und nicht nur Studenten) gehören in die 1. Gruppe. Wenn man aber genau hinsieht, fallen auch sie in die Gruppe 3.

Zum Abschluß noch ein Aufruf an alle Mitglieder der 3. Gruppe: wenn ihr zu Wien halten wollt, dann vergesst alles, was ihr jemals über Demokratie gelernt habt.

guy

ZUR URABSTIMMUNG

Im Rahmen der diesjährigen ÖH-Wahl hattest Du die Möglichkeit über die Pflichtmitgliedschaft in Deiner gesetzlichen Interessensvertretung abzustimmen und darüberhinaus Schwerpunkte in der Tätigkeit der ÖH zu setzen.

Die durchgeführte Urabstimmung hat gezeigt, daß trotz den aggressiven Bestrebungen einiger Gruppen (JES und FSI), die ÖH aus ihrer gesetzlichen Verankerung zu reißen, die Studierenden mit einem überwältigenden Votum hinter ihrer gesetzlichen Interessensvertretung stehen.

Das zeigt auch die Auswertung der an der Technischen Universität Wien gestellten Zusatzfragen (s.S.13) bezüglich Vertretung inner-

halb der universitären Gremien (Kommissionen, wie Stuko etc.) und gegenüber dem Ministerium. Daß diese zwei Punkte den Studierenden fast ebenso wichtig sind wie die Beibehaltung der ÖH zeigt nicht nur die Wichtigkeit dieser Arbeit, sondern läßt auch vermuten, daß den Studierenden die Möglichkeit der universitären Mitbestimmung sehr wichtig ist. Es steht in diesem Zusammenhang zu hoffen, daß bei der nächsten Novelle zum Universitäts Organisations Gesetz (dieses legt die studentische Mitbestimmung fest) die BefürworterInnen dieser Punkte auch aktiv hinter den Forderungen nach verbesserter Mitbestimmung stehen werden.

Die beiden offenen Fragen bezüglich Vorschläge, Kritikpunkte und

Anregungen wurden großteils in einer Art und Weise beantwortet (wenn überhaupt), daß die (von vornherein äußerst schwierige) Auswertung jetzt unmöglich scheint. Wir werden sehen, was der ZA hier hineininterpretieren wird.

Tatsache ist jedoch, daß alle Studierenden die Möglichkeit und die Aufgabe haben, persönliche Kritik, Vorschläge, Anregungen und Beschwerden betreffend die Arbeit der Hochschülerschaft anzubringen. Um das zu tun, oder wenn Du wissen willst was die Fachschaft so treibt, schau Du am besten bei einer Fachschaftssitzung vorbei. Diese findet jeden Dienstag um 16 Uhr in der Fachschaft Informatik statt.

bast

News

Die folgende **Prüfungstatistik für die Prüfung aus Prozeßautomatisierung** wurde uns vom Institut für Automation übergeben (daher ohne Gewähr):

Datum	Anz	1	2	3	4	5
13.06.88	172	6,4%	8,7%	22,1%	41,3%	21,5%
12.10.88	48	0,0%	12,5%	12,5%	31,3%	43,7%
12.01.89	15	13,3%	26,7%	26,7%	26,7%	6,6%
21.06.89	199	6,6%	10,0%	15,1%	41,7%	26,6%
08.11.89	37	5,4%	13,5%	18,9%	29,7%	32,1%
27.03.90	25	0,0%	16,8%	12,8%	44,0%	28,8%
23.06.90	187	4,3%	9,1%	26,7%	27,3%	32,6%
25.10.90	31	3,2%	0,0%	32,3%	25,8%	36,7%
08.05.91	184	16,8%	25,0%	19,6%	23,4%	15,2%
Gesamt	898	7,5%	13,1%	20,5%	33,1%	25,8%

Auffällig ist, daß unter Nichtberücksichtigung der letzten Prüfung, die auf Druck der Studierenden und der Fachschaft Informatik leichter zu schaffen war, die Abteilung von Prof. Schildt sich mit dieser Aufstellung ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellt. Offenbar gelingt es (im Unterschied zu anderen Lehrveranstaltungen) nicht, den Studierenden in den Vorlesungen und Übungen Wissen zu vermitteln, sie für die Inhalte zu interessieren, eine Übungsmotivation zu schaffen, etc... Bisher sind uns auch noch keine Vorschläge aus der Abteilung bekannt geworden, um diese Mißstände zu beenden. Denn auch dieses Problem kann in gemeinsamer Anstrengung gelöst werden, meint

die fachschaft informatik

StuKo INFORMATIK

Mut zu Neuem haben die Mitglieder der Studienkommission für Informatik bei ihrer letzten Sitzung am Mittwoch, den 29. Mai bewiesen. Erstmals wählte die drittelparitätische Kommission (5 Profs, 5 Assis und 5 Studis) nicht einen Professor zu ihrem Vorsitzenden, sondern eine Assistentin - Dr. Edeltraud Egger. Congratulations!

Doch damit noch nicht genug der avantgardistischen Tendenzen, wählte man/frau doch glatt noch (als sprichwörtliches Türpfchen auf dem i) den Studenten Klaus Rapf

zum stellvertretenden Vorsitzenden. Dr. Egger war selbst lange Zeit als Studentin in der Stuko tätig und hat Wesentliches zum Diskussionsprozeß zwischen Studenten, Assistenten und Professoren mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bezüglich des neuen (aktuellen) Studienplans beigetragen. Unter anderem hat sie auch die „Kuich-Überwachungskommission“ initiiert, weil die Durchfallsquoten seiner Prüfungen außerordentlich hoch (ca. 85 %) war. Der derzeit noch amtierende Vorsitzende Professor Grünbacher hätte seine

Wiederwahl nicht angenommen, da er in Zukunft verstärkt auf anderen Gebieten tätig werden will. Er wurde erst vor kurzem stellvertretender Vorstand des Rechenzentrums und wird dadurch ziemlich ausgelastet sein. Grünbachers Resümee der letzten 2 Jahre beinhaltete unter anderem die Feststellung, daß das „Problem Mathematik“ leider noch immer nicht gelöst werden konnte.

Auf eine baldige Lösung hofft

katharina

Hochschullehrgang

Datensicherheit und Datenschutz International

ist ein Ausbildungsprogramm, das ab dem kommenden Wintersemester neu stattfindet.

Die zunehmende Vernetzung von Computersystemen erfordert immer fundiertere Kenntnisse über Datensicherheit und Datenschutz. Dies wird vor allem in Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt 1992 wichtig, weil es dann die durch den transnationalen Datenverkehr entstehenden Probleme der Datensicherheit und des Datenschutzes europaweit zu lösen gilt.

Hier setzt ein von der EG im Rahmen des Ausbildungsprogramms COMETT II geförderter Hochschullehrgang an, der im Nov. 1991 beginnt.

Die **Ziele des Lehrgangs** sind:

Die Absolventinnen und Absolventen sollen beispielsweise

- Datensicherheitsprobleme klassifizieren und Gegenmaßnahmen auf Betriebsebene erarbeiten können,
- die Datensicherungsfunktionen unter nationalen und internationalen Aspekten kennenlernen und die theoretischen Prinzipien und Modelle des Datenschutzes in Hinblick auf ihre praktische Bedeutung beurteilen können,
- die technischen Grenzen der Datensicherheit einschätzen können.

Dabei spielt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen theoretischen Grundlagen und praktischen Anwendungen eine zentrale Rolle.

Um Raum für Praxisbezug und fundierte theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema zu schaffen dauert jeder der beiden Lehrgangsteile einen Monat pro Semester. Wie gesagt beginnt der 1. Teil (Datenschutz) im November dieses Jahres und der 2. Teil (Datensicherheit) im April 1992.

Das „**Motivationszuckerl**“ für StudentInnen, die an diesem Projekt auch mitarbeiten möchten, besteht darin, daß die Teilnahme und Mitarbeit an diesem Lehrgang für das Studium angerechnet werden, und zwar im Ausmaß von 40 Stunden (20 Std. Informatikpraktikum II + 2 Std. Seminar aus Informatik + 18 Std. Wahlfach).

Allerdings mußst Du Dein Interesse rasch bekunden.

Weitere Informationen erhältst Du in der

Fachschaft Informatik
Treitlstr. 3, 1040 Wien
Tel: 0222/58801 DW 8119 od 8120

StuKo

Datentechnik

Einen metaphorischen Tritt ins Hinterteil möchte ich hiermit den werten Damen und Herren der Datentechnik verpassen. Man (in diesem Fall frau) könnte durch Euer konsequentes „nicht in Erscheinung treten“ fast den Eindruck bekommen, daß es derzeit keine Leute gibt, die Datentechnik studieren.

Ich weiß allerdings, daß es sehr wohl DatentechnikerInnen gibt, nämlich ganze 724 „Stück“! Und genau diese 724 Personen und ich haben ein gemeinsames Problem.

Ein Großteil der Leute, die bis jetzt in diversen Kommissionen und für andere Belange der DT tätig waren, beenden demnächst ihr Studium. Darum gilt es jetzt die „Erbchaftsangelegenheiten“ zu regeln.

Das bedeutet im Klartext, daß die Studienkommission für Datentechnik neu besetzt werden muß. Außerdem brauche ich Ansprechpersonen, die mich laufend über die allgemeine Studiensituation informieren, da ich mich derzeit hauptsächlich mit meinem Erststudium beschäftige. Zu diesem Zweck gibt es ein

**Treffen aller
DatentechnikerInnen
am Do, den 13. Juni um
17⁰⁰ in der Fachschaft
Informatik**

Es wurden zwar Einladungen verschickt, aber doppelt hält bekanntlich besser und deshalb hoffe ich auch, wenigstens ein paar meiner StudienkollegInnen zu Gesicht zu bekommen.

katharina

Studienplan Informatik

Dieser Artikel ist eine Fortsetzung des Artikels

„Gedanken zu einem Studienplan für Informatik“ aus dem fridolin 54.

Restausgaben sind in der Fachschaft Informatik erhältlich.

Um Euch Lesern einen Wiederaufsetzpunkt zu ermöglichen, hier nun eine kurze Zusammenfassung von den Dingen, mit denen ich den letzten Artikel beschlossen habe.

Ausgehend von einem Anforderungsprofil für eine InformatikabsolventIn, habe ich mir erlaubt, Prämissen für den Aufbau eines neuen Studienplans abzuleiten, die (verkürzt) die folgenden waren:

- kerninformatische Fächer mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Theorie und Praxis – *Schlagwort Praxisorientierung*
- nichtinformatische Fächer (Organisationsformen, Didaktik, Präsentation und Menschenführung, die natürlich in Übungen, Praktika und Seminaren anzuwenden sind) – *Schlagwort persönliche Ergänzungen*
- nicht kerninformatische Fächer, in denen die Auswirkungen der Informatik auf die Gesellschaft betrachtet werden
- weiterführende Informatik-Lehrveranstaltungen mit den Schwerpunkten: wissenschaftliches Arbeiten, Förderung von interdisziplinäre Arbeiten, Studienaufenthalte im Ausland – *Schlagwort Interdisziplinarität und Internationalität*
- die Diplomarbeit, die die Auseinandersetzung mit den obigen Forderungen bestätigt (mit Berücksichtigung von wissenschaftlichen Arbeiten, Didaktik und Präsentationstechnik, interdisziplinäres Arbeiten, Gruppenarbeit)

Allgemeines zu einem Studienplan

Aus oben Gesagtem müssen nun zwei Dinge verstärkten Eingang in das Studium finden. Nämlich inhaltliche Ergänzungen, wie Wirtschaftskenntnisse, Fremdsprachen, Kenntnisse über Didaktik u.ä., und sogenannte „persönliche“ Ergänzungen, wie Bereitschaft zu selbständigem Handeln, Teamarbeit, Menschenführung und Interdisziplinarität. Erstere können durch den Inhalt von Lehrveranstaltungen vermittelt, zweiteere nur durch die Art der Durchführung derselben vermittelt werden.

Ein weitere Punkt ist, daß verhindert werden muß, in der Informatik Studienzweige einzuführen, die künstlichen Grenzen entsprechen würden, da sich bis dato die Unterschiede in den verschiedenen Sparten noch nicht herausgebildet haben. Weiters würden die bestehenden Freiheiten bei der Wahl der Fächer für uns Studierende damit reduziert werden können. Andererseits sind auch Wege zu finden, die im TechG festgelegte Beschränkung, daß alle Wahlfächer zusammen max. 500 Stunden haben dürfen zu umgehen. Deshalb weil uns diese Beschränkung die Möglichkeit nimmt, die Vielfalt der Lehrmeinungen, die innerhalb der Informatik gotteseidank noch existiert, zu nützen. Ein Schritt in diese Richtung, die eine praktikable Umgehung dieser Schranke ermöglichen würde, wäre die Durchführung von Ringvorlesungen (Vorlesungen, die von mehreren Vortragenden gemeinsam

gehalten werden) und die verstärkte Einbindung von Gastprofessoren in den Studienplan. Ein noch besserer Ansatz, der sich in der Praxis bewährt hat, ist die verstärkte Durchführung von Parallellehrveranstaltungen.

Grundsätzlich sollte die Wahl der Lernform freigestellt werden. Im Moment gibt es leider nur die Möglichkeit in die Vorlesung zu gehen, oder aus dem Skriptum zu lernen, jedoch sollte es möglich sein sich jene Lehrveranstaltungsform auszusuchen (VO, UE, PR, SE, AG,...), die dem jeweiligen Lerntypus der/der Studierenden am Nächsten kommt.

Zur Struktur

Meiner Meinung nach sollte der Erwerb eines Diploms in vier Etappen erfolgen:

- Grundlagen
- Aufbau
- Vertiefung
- Meisterstück

1. Die Grundlagenvermittlung

Grundsätzlicher Zweck dieser Phase des Studiums ist es, einen Überblick über Inhalte und Schwierigkeiten des Studiums sowie über das Berufsbild eines Informatikers zu geben; weiters sollte man/frau in dieser Phase nützliche Tips, wie es sich am besten studiert, erhalten, und über die Organisationsform der Österreichischen Universitäten informiert werden, einschließend der Präsentation der ÖH-Tätigkeiten

und -möglichkeiten. Ein nützlicher Nebeneffekt wäre, daß Studierenden dadurch frühzeitig die Möglichkeit gegeben wird, das gesamte Studiengeschehen bis zum letzten Semester zu überblicken, und sie dadurch abschätzen können, was sie dabei erwartet. Damit wäre der Drop-out Effekt in die Studieneingangsphase vorverlegt, ohne die Studierenden durch eine Eignungsprüfung unfair auszuschließen.

Ein geeigneter Ansatz diese Ziele zu erreichen, wären Vorträge und Veranstaltungsreihen von seiten der beteiligten Institute, wie auch von der Fachschaft, die in vorlesungsähnliche Form ablaufen sollen. Darüber hinaus müßten begleitende Tutorien abgehalten werden, die sich durch hohe Flexibilität auszeichnen und ein persönliches Eingehen auf die Studierenden ermöglichen sollen.

2. Aufbau

Ziel der Aufbauphase soll sein, sich einerseits Grundkenntnisse in den Informatik-Kernbereichen anzueignen, andererseits Grundlagen des wissenschaftlichen Arbeitens, der Didaktik und allgemeine Präsentationstechnik vermittelt zu bekommen, und sich mit Teamarbeit und partizipativen Arbeits- und Organisationsformen auseinanderzusetzen.

Lehrveranstaltungsformen, die geeignet wären, diese Kenntnisse zu vermitteln, wären vor allem Vorlesungen, aber auch Seminare und Arbeitsgemeinschaften. Bei letzteren ist auf große Auswahl der angebotenen/angerechneten Lehrveranstaltungen zu achten.

3. Vertiefung

Dieser Abschnitt des Studiums sollte eine schwerpunktmäßige Weiterbildung innerhalb eines Fachgebietes der Informatik mit Einbeziehung von Randgebieten, den gesellschaftlichen Auswirkungen und der Zusammenarbeit mit anderen Forschungsdisziplinen darstellen. Der/die Studierende sollte sich selbständig – mit den Kenntnissen aus der Aufbauphase – weiteres Wissen aneignen, d.h. wissenschaftliches Arbeiten üben, und in möglichst großem Rahmen seine/ihre Erkenntnisse präsentieren. Die Studierenden sollten sich auf keinen Fall in blindem Einzelkämpfertum verlieren. Um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzusteuern, sind organisatorische Begleitmaßnahmen zu treffen, die eine Auseinandersetzung mit anderen Gruppenmitgliedern und Disziplinen herausfordern. Lehrformen dazu wären Arten des Projektstudiums, selbstorganisierte Seminare und Praktika, Seminare...

Auf jeden Fall muß sichergestellt werden, daß dem/r Studierenden großer Freiraum bei der Gestaltung des Studiums gegeben wird, sodaß er/sie durch die freie Wahl auch Verantwortung für seinen/ihren Studienfortgang ableiten kann.

4. Meisterstück

Meisterstück deshalb, weil ich das Ende eines Studiums weiter definieren möchte, als durch die Abgabe eines Werkes und einer hochnotpeinlichen Befragung. Vor allem schränken die momentanen gesetzlichen Bestimmungen die Gestaltungsmöglichkeiten einer Abschlußprüfung stark ein. So können die Ergebnisse eines Projektstudiums relevanten Ausmaßes (zu bestimmen durch die StuKo) nicht als Diplomprüfung/-arbeit gelten, interdisziplinäre Arbeiten sind faktisch nicht einzubringen, und auch bei Gruppenarbeiten sollten diese gemeinsam abgeben und geprüft werden.

Eine weitere Problematik ist, daß Diplomarbeiten in ihrer Dauer sehr stark variieren. Hier sollte die Stuko entsprechende Vorgaben treffen.

(Fortsetzung folgt im nächsten fridolin)

hasi

PRÜFUNGSORDNER

Auch nächstes Semester wird es einen Prüfungsordner (PO) geben.

Ihr werdet hiermit davon in Kenntnis gesetzt, daß dieser von StudentInnen betrieben wird. Diese StudentInnen haben neben dem Prüfungsangabeverkauf noch andere, vielleicht sogar interessante, Beschäftigungen wie z.B. die Vertretung der Interessen der StudentInnen in diversen Gremien oder sie verfolgen schlicht und einfach ihr eigenes Studium.

Nun werdet Ihr wohl verstehen, daß auch nächstes Semester der PO nur zu bestimmten Zeiten geöffnet sein wird und diese hängen von der Zeiteinteilung der StudentInnen, die diese Aufgabe übernommen haben, ab. Ihr werdet ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Öffnungszeiten jetzt noch nicht festgesetzt werden können. Sie werden Anfang des nächsten Semesters in den Schaukästen bekanntgegeben. Ihr seid aufgefordert, diese Zeiten einzuhalten.

Falls diese Termine nicht Euren Vorstellungen entsprechen, seid Ihr hiermit herzlich dazu eingeladen, in die Fachschaft zu kommen, um Termine vorzuschlagen, zu denen Ihr den PO betreuen könnt und wollt.

An den wöchentlichen Fachschaftssitzungen können alle StudentInnen teilnehmen um Wünsche bzw. Beschwerden, allgemeiner Natur oder bezüglich des PO, vorzutragen, wir werden uns bemühen, gemeinsam mit diesen Leuten besagte Probleme aus der Welt zu schaffen.

luc

In unserer Jugend hat es sowas nicht gegeben!



Noch Student und schon ein Konto?

Wenn man heute studiert, braucht man nicht auf übermorgen zu warten, um eine professionelle Bankverbindung zu haben. Das Z-Studenten-Konto kann alles, was ein Gehaltskonto kann: VISA-Karte, Scheckkarte, Einkaufsrahmen, Kredit ... – der einzige Unterschied: Vorteile, Vorteile, Vorteile – also sowas!

Reden Sie mit uns.
Rechnen Sie mit uns.



ZENTRALSPARKASSE